



FASCHISMUS

KEMPSTON
BEDFORD
ENGLAND

TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, UND SPANISCH

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No 11
9. Jahrgang

26. Mai. 1941

Oesterreich und Holland

(ITF) 1919 haben holländische Arbeiter den hungernden Kindern Wiens und der österreichischen Industriestädte Lebensmittel gesandt. Heute hungern viele holländische Kinder und auch in Oesterreich wird wieder knapp rationiert. Aber österreichische Arbeiterfamilien sparen sich Lebensmittel vom Munde ab und senden kleine Zucker- und Fettpakete an Menschen in Holland, die ihnen einst halfen und die nun mit ihnen unter dem Hakenkreuz leiden.

(Für die Red.: Berichte aus Oesterreich)

Frauen in Deutschland

(ITF) In Oberschlesien haben Nazi-Richter eine deutsche Landarbeiterin auf 2 Wochen ins Gefängnis gesperrt, weil sie mit einer polnischen Landarbeiterin zusammenhielt. Freundschaft mit einer Polin sei einer Deutschen unwürdig.

(Für die Red.: "Kattowitzer Zeitung", 9.V.41.)

Kugelfang für Hitler

(ITF) In den Bombenangriffen besonders ausgesetzten Grosstädten lassen Nazis gern ausländische Arbeiter arbeiten. Bei dem Angriff auf Hamburger Werften am 9. Mai fanden so 6 ukrainische und 5 dänische Arbeiter den Tod.

Europäischer Sklavenmarkt

(ITF) Um den Widerstand der norwegischen Arbeiter gegen die deutschen und norwegischen Nazis zu erschweren, werden jetzt dänische Vorarbeiter nach Norwegen gebracht. In einer Anzeige der Kopenhagener "Berlinske Tidende" wurden gleich 94 Aufseher für eine mittelnorwegische Baustelle gesucht. Sie müssen Deutsch sprechen können.

45.000 Arbeiter wurden aus Frankreich nach Deutschland transportiert, davon 34.000 aus dem Pariser Bezirk; aber gleichzeitig werden belgische Landarbeiter in das besetzte Nordfrankreich gebracht.

Aus Belgien wurde am 11. Mai der 150.000. Arbeiter nach Deutschland geschickt. Manche der 12.000 in Deutschland arbeitenden kroatischen Arbeiter hofften, in ihre Heimat zurückzukommen, wenn sie sich zur faschistischen Ustaschi-Legion meldeten. Doch ihnen wurde erklärt, dass keine Meldungen mehr angenommen werden; sie sollen an ihrem Arbeitsplatz bleiben. Die Kroaten haben zwar einen König bekommen, aber sie dürfen nicht heim. Das "freie" kroatische Königreich musste sich sogar verpflichten, weitere 45.000 Arbeiter nach Deutschland zu schicken.

Propaganda unter Zwangsarbeitern

(ITF) Die Nazi-Propaganda unter den ausländischen Arbeitern in Deutschland wird intensiviert. Die Deutsche Arbeitsfront hat holländische, tschechische und slowakische Nazis eingestellt, die unter ihren Landsleuten Nazipropaganda machen sollen. Unter französischen u. wallonischen Arbeitern wird eine neue Zeitschrift "Pont" (Brücke) verbreitet, unter flämischen- und vermutlich auch unter holländischen Arbeitern die Zeitschrift "Vlag" (Fahne). Die Zeitung, die für die tschechischen Arbeiter in Deutschland herausgegeben wurde, ging ein. Sie wurde nicht gelesen.

Tschechische Angestellte hingerichtet

(ITF) Karel Paszczolka, ein kaufmännischer Lehrling aus Lischbitz und der Angestellte Viktor Borowiec wurden vom deutschen Wehrmachtsgesicht Mähren zum Tode verurteilt. "Beide haben in kriegswichtigen Betrieben durch Sabotageversuche... die Kriegswirtschaft gefährdet",

berichten Prager Zeitungen (am 4. Mai). - Sie wurden am 3. Mai hingerichtet.

Die Abwürgung der tschechischen Gewerkschaften

(ITF) "Veřejná služba" (Öffentlicher Dienst), das Organ der Einheitsgewerkschaft der Tschechen im öffentlichen Dienst beklagt, dass die von den Protektorsbehörden erzwungene Zentralisierung des Gewerkschaftswesens und die Zentralisierung (d.h. Gleichschaltung) des Denkens zu einer Mechanisierung des Organisationslebens führt. Die Masse der Mitglieder arbeitet nicht mehr mit, die Gewerkschaftsorganisation erhält keine Anregung mehr aus den Reihen der Mitglieder, die Gewerkschaften siechen dahin, das rege Organisationsleben höre auf...

(Für die Red.: "Veřejná služba" Nr. 3; über die Einsetzung des Nazi-Kommissars berichteten wir in der vorigen Ausgabe.)

Nazi-Zellen in norwegischen Gewerkschaften

(ITF) Die norwegischen Nazis haben in Osloer Betrieben Nazi-Zellen errichtet, deren Aufgabe es ist, die Arbeiter zu bespitzeln. Die Quisling-Partei behauptet, dass bereits 230 Nazi-Zellen arbeiten. Die illegalen Arbeiterorganisationen haben vor den Nazi-Spitzeln gewarnt.

"Normale" Kriegsgewinne in Deutschland

(ITF) Abnormale Kriegsgewinne sind in Deutschland wieder einmal garantiert endgültig beseitigt worden. Bei Beginn seines Krieges hatte Hitler zwar erklärt, dass er gar keine Kriegsgewinne dulden würde. 12 Monate später aber hat er dann die Kriegsgewinnsteuer mit der Begründung abschaffen lassen, dass es überhaupt keine Kriegsgewinne gäbe, die man besteuern könne. Doch jetzt wird plötzlich zugegeben, dass es Kriegsgewinnler in Deutschland gibt. "Der Deutsche Volkswirt", das führende deutsche Wirtschaftsblatt, schreibt offen von "Kriegsgewinnen im üblichen groben Sinn des Wortes", die von der Gesetzgebung verhindert schienen. Der Preiskommissar forderte die Unternehmer auf, die bisher steuerlich nicht erfassten Kriegsgewinne an die Steuerkasse abzuführen. Das wollen aber die Unternehmer nicht, sie wollen weiter an Hitlers Krieg verdienen, sie sind höchstens bereit, auf sogenannt übernormale Kriegsgewinne zu verzichten. Sie wollen sich mit normalen Kriegsgewinnen begnügen - wenn diese gross genug sind. Nach einigem Hin und Her hat die Nazidiktatur den Unternehmern denn auch riesige "normale" Kriegsgewinne zugestanden. Im "Deutschen Volkswirt" wird den Industriellen versichert, die Anordnung des Preiskommissars, dass Kriegsgewinne vollständig abzuführen seien, sei nicht ernst gemeint: "Nur Uebergewinne sollen verschwinden".

Eigennutz - oberstes Prinzip - "Es wird von niemandem verlangt, dass er wirtschaftlichen Selbstmord begeht; gefordert wird auch kein Verzicht auf jeden wirtschaftlichen Egoismus, sondern nur seine Beschränkung". Das Reichswirtschaftsministerium habe erklärt, dass Normalgewinne nicht als Uebergewinn fortgesteuert werden dürfen. Was ein Normalgewinn ist, schildert der "Deutsche Volkswirt" an einem einfachen Beispiel. Ein Unternehmen mit einem steuerpflichtigen Gewinn von 5 Millionen Mark darf Rückstellungen für unterlassene Reparaturen machen und sogar für unterlassene Betriebsvergrößerungen. So verschwinden allein 2,2 Millionen Mark. Aber auch die 2,8 Millionen, die schliesslich übrigbleiben, gelten nicht ohne weiteres als Uebergewinn. Denn nun kommen die Prozentrechnungen. Eine 4,6%ige Verzinsung des "betriebsnotwendigen Kapitals" wird zugestanden, unter Umständen auch für "betriebsnotwendige" langfristige Schulden. Dieser Kapitalgewinn des Unternehmers bleibt steuerfrei, "da der Unternehmer sich sonst trotz seiner Mühen und Wagnisse (?) nicht besser stehen würde als der Inhaber einer öffentlichen Anleihe. Zu der Nettoverzinsung werden noch die darauf ruhenden Steuern hinzugerechnet, sodass man grundsätzlich von einer etwa 8%igen Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals ausgehen wird". - Zugrunde gelegt wird ein einmaliger Kapitalumschlag pro Jahr.

Die Nazidiktatur nimmt den Unternehmern das Konjunkturrisiko ab; die Betriebe arbeiten voll für die Kriegswirtschaft; die Versorgung mit Rohstoffen und Arbeitssklaven hat der Staat übernommen. Konjunkturrisiko "gibt es in der Tat nicht mehr", schreibt die "Deutsche Allgemeine Zeitung" und auch das Kreditrisiko ist "zu einem beträchtlichen Teile verschwunden". Trotzdem darf der Unternehmer 1,5 - 3,5% vom Umsatz als Wagniszuschlag und noch 1 - 2 1/2% vom Umsatz als extra Unternehmergewinn

behalten. Wenn ein Unternehmen sein Kapital einmal im Jahre umschlägt, so sind, schreibt der "Deutsche Volkswirt", 13% vom Umsatz normaler Kriegsgewinn! Nur was darüber ist, muss abgeführt werden, wenn es nicht als Anerkennung "für besondere Leistungen" dem Unternehmer belassen wird.

Das Recht auf Kriegsgewinne wird in Deutschland respektiert. Die Unternehmer sind zufrieden.

(Für die Red.: Anordnung vom 11.III.41.; "Deutscher Volkswirt", 21.III. "Deutsche Allgemeine Zeitung", 26.III.41.- Vgl. auch "Faschismus", 7.IX. 40 und 14.IV.41.)

Zwangsarbeit in Rumänien

(ITF) Der Diktator Rumäniens hat das rückschrittliche Arbeitsrecht Rumäniens weiter verschlechtert. Sein neues "Arbeitsordnungsgesetz" verpflichtet alle Bewohner Rumäniens, eine Arbeitskarte auszufüllen. Nur wer eine Arbeitskarte besitzt, darf arbeiten. Auf der Arbeitskarte ist der Beruf eingetragen. Eine im Dezember 1940 erlassene Verordnung schrieb bereits vor, dass die Unternehmer die bei ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten in die Gehalts- und Lohngruppen einzuordnen hatten, in die sie auf Grund der von ihnen geleisteten Arbeit gehörten, nicht auf Grund ihrer Ausbildung. Ein rumänischer Facharbeiter darf seitdem nur noch dann Facharbeiterlohn erhalten, wenn er mit Facharbeit beschäftigt ist. Andererseits aber wurde verboten, Arbeiter, auch wenn sie noch so tüchtig sind, als Facharbeiter zu beschäftigen oder zu bezahlen, wenn sie keine ordnungsgemässe Lehrzeit nachweisen können. Die Einführung der Arbeitskarte erleichtert den Behörden die Kontrolle. Viele Arbeiter haben mit einer erheblichen Lohneinbusse zu rechnen.

Doch der Hauptzweck der Einführung der Arbeitskarte ist das Rekrutieren von Arbeitern für Deutschlands Kriegsmaschine. Das Arbeitskarten-Register bei den Arbeitsämtern gibt den rumänischen Behörden eine Uebersicht über die Zahl der in den einzelnen Berufen zum Abtransport nach Deutschland Verfügbaren.

Alle jungen Rumänen zwischen 20 und 25 Jahren werden eingezogen und gemeinsam mit den politischen Gefangenen der Konzentrationslager und Juden in militärisch organisierten Arbeitslagern oder Arbeitstrupps zum Arbeitsdienst gezwungen. In der Landwirtschaft Beschäftigte und in einem festen Arbeitsverhältnis Stehende werden nicht eingezogen, es handelt sich also um ein ausgesprochenes Ausnahmegesetz gegen ungelernete Arbeiter, Antifaschisten und Juden. Das Gesetz legt fest, dass politische Gefangene und Juden überhaupt keinen Lohn erhalten, während eingezogene Arbeitsdienstpflichtige den ortsüblichen Lohn erhalten, auch wenn sie in Dörfern zu niedrigen Löhnen arbeiten und ihre Familien in teuren Grosstädten leben müssen.

Gleichzeitig wurde für alle nicht ständig beschäftigten Frauen und Männer zwischen 20 und 57 Jahren Zwangsarbeits-Pflicht eingeführt. Sie können jederzeit von den Behörden eingezogen werden, vor allem für den Bau von Strassen und Eisenbahnen für die deutschen Truppen. Wer nicht am vorgeschriebenen Arbeitsplatz erscheint, wer ohne Erlaubnis der Arbeit fernbleibt oder sich der Arbeitslagerordnung widersetzt, wird auf 6 - 12 Monate eingesperrt.

(Für die Red.: Gesetz vom 14.V.41.)

Kein Urlaub in Bulgarien

(ITF) Die bulgarische Regierung hat, zunächst bis zum 15. August, die Gewährung von Urlaub verboten. Aus allen Betrieben werden entbehrliche Arbeiter herausgezogen, um Strassen und Eisenbahnen für die deutschen Truppen zu bauen.

Eisenbahner

(ITF) Die Deutsche Reichsbahn teilt mit, dass es sich als nötig erwiesen habe, einen Teil der Eisenbahner zu bewaffnen, vor allem in den besetzten Gebieten West- und Osteuropas. Später sollen alle Eisenbahner Revolver oder Seitengewehr tragen, höhere Beamten Dolche.

Im Kriege des Kaisers 1914-18 brauchten Eisenbahner nicht bewaffnet zu werden. Damals wurden in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten die Strecken nicht bewacht, damals genügte das Bewachen von Bahnhöfen, Betriebswerken und Kunstbauten, wie Brücken und Tunnels. Die Strecke wurde nur gelegentlich von Landsturmtruppen patrouilliert.

Heute ist die Sabotagegefahr in den besetzten Gebieten weit grösser als 1914-18. Denn die Verdunkelung erleichtert Sabotage, vor allem in den Ländern mit Fahrtrichtung links, in denen deutsche Lokomotiven verwendet werden müssen, bei denen der Führer rechts steht. Hier sind Zugentgleisungen sehr leicht herbeizuführen. Das Festklemmen einer Weiche ist nur schwer zu bemerken, weil die Signallaterne abgeblendet ist; gelöste Schienenlatten werden nicht festgestellt, weil es an geübten und zuverlässigen

Streckenwärtern fehlt; das Blockieren eines Schienenstranges durch Steine, Balken, Baumstämme usw. wird oft, weil die Lokomotivlaternen abgeblendet sind, erst bemerkt, wenn der Zug entgleist. In Polen wird häufig von Freischärlern auf Züge geschossen. Der riesige Menschenbedarf der deutschen Kriegswirtschaft und der Besatzungsarmeen zwingt die Nazidiktatur dazu, von den überlasteten Eisenbahnern noch Wachdienst mit der Waffe zu verlangen.

In Norwegen ist Kleidung knapp, Zigaretten sind eine Seltenheit. Norwegische Eisenbahner aber müssen Waggons voll warmer Kleidung, Tabak und Zigaretten für deutsche Soldaten befördern. Eine Gruppe norwegischer Eisenbahner hat einen Teil eines derartigen Transportes beiseite geschafft. Einige Eisenbahner wurden dafür auf 5 Jahre ins Gefängnis gesteckt.

Italienischen Eisenbahnern sind nur ganz unzureichende Teuerungszulagen bewilligt worden. In Norditalien haben es daher Unternehmer leicht, Stationspersonal zu bestechen, wenn sie ausser der Reihe Güterwagen erhalten wollen. Sie tun es häufiger.

Bulgarische Transportarbeiter müssen ihrer staatlichen Zwangsorganisation regelmässig Beiträge zahlen. Aus der Kasse dieser Organisation erhielten die Wohlfahrtsinstitutionen der deutschen Truppen ein "Geschenk" von 100.000 Leva, das sind 12.500 Stundenlöhne. - (ITF)

Osloer Hafearbeiter gegen Nazis (ITF) Ein führender Funktionär der Osloer Hafearbeiter wurde (am 2. Mai) verhaftet. Die Nazi-Polizei setzte dem Verhafteten so zu, dass er nach 24stündiger "Behandlung" versprach, nicht mehr im Hafen zu arbeiten.

Am 5. Mai besetzten norwegische Nazis und Polizei das Büro der Hafearbeiter-Gewerkschaft. Die Hafearbeiter verlangten, dass ihr Funktionär freigegeben und dass das Gewerkschaftsbüro geräumt wird. Es kam zu Arbeitsverweigerungen. Das Nazi-Kommissariat griff ein.

Hunger unterm Hakenkreuz

Ein Bericht aus Belgien der die deutsche Zensur Mitte April passierte, spricht von "Ärzten, bei denen sich immer häufiger Patienten melden, denen Stücke Gips aus Magen und Eingeweiden entfernt werden müssen." Sie haben Brot gegessen, das aus im Schleichhandel gekauftem Mehl gebacken worden war. Diesem Mehl ist Gips beige-mischt. Der in Läden verkauften Hafergrütze ist häufig Sägemehl beigemengt. "Es besteht ein förmlicher Wandel mit dem Inhalt der Abfalleimer, vor allem der grossen Hotels, mit Kartoffelschalen, verdorbenen Kartoffeln, Gemüseabfall, alten Brotrinden etc. Kleine Mädchen essen das und dann... man kann nicht nur von zu viel essen krank werden", schreibt der Berichtestatter. - (ITF)

Lebensmittelmangel in Rumänien (ITF) Seit dem Abtrennen Bessarabiens von Rumänien und dem Einrücken deutscher Truppen kennt auch Rumänien Lebensmittelmangel. In der Osterwoche waren in der Hauptstadt Bukarest Brot, Zucker, Oel, Fleisch und Milch knapp. Eier und Zwiebeln gab es überhaupt nicht. Bald darauf verschwand Butter vom Markt. Schliesslich wurden Oel, Zucker, Mehl, Kaffee und Tee rationiert.

Seit Mitte Mai sollten die Bäckereien am Montag und Dienstag jeder Woche weder Brot verkaufen noch backen, sie durften nur Maismehl verkaufen; denn die Rumänen sollten an diesen Tagen statt Brot Maisbrei (Marmaliga) essen.

Der 12. Mai war der erste brotlose Tag. Am 9. und 10. standen vor den Bäckereien Menschen Schlange, die für die brotlosen Tage Brot auf Vorrat kaufen wollten. Radio Bukarest nannte diese Brot-Hamsterer "Verbrecher". Vor einer Bukarester Bäckerei wurde es den wartenden "Verbrechern" zu bunt, sie stürmten

Einen 2. brotlosen Montag wird es in Rumänien nicht mehr geben. Die Diktatur hielt es für geraten, die Verordnung wieder aufzuheben. Es darf jetzt an jedem Wochentag Brot verkauft werden, soweit der knappe Vorrat reicht.

3 Tage vor dem 1. brotlosen Tag in Rumänien berichteten die deutschen Zeitungen, dass alle Händler und Genossenschaften 30% ihres Weizenmehl-vorrats an die Armee abzuführen hätten. Sie teilten nicht mit, ob die rumänische oder die deutsche Besatzungsarmee 1/3 der Mehlvorräte beschlagnahmte.

Das tägliche Brot

(ITF) In der nordjütischen Stadt Aalborg sind Mehl und Zucker so knapp, dass die Bäckereien auf Anweisung des Gemeinderats ab Pfingsten einen Tag in der Woche schliessen müssen (meldete Radio Kopenhagen am 13. Mai).

In Italien gibt es jetzt Kartoffelbrot

(ITF) Seit dem 15. Mai dürfen die italienischen Bäcker dem schon mit Mais gemischten Brotmehl 25% gekochte Kartoffeln beimischen.

Schwerarbeiterrationen in Essen und Prag

(ITF) Deutsche Bergarbeiter haben eine Extralebensmittelration durchgesetzt. Sie erhielten bisher Schwerstarbeiterzulagen, erklärten aber, dass sie auch mit dieser Zulage nicht auskommen könnten. Die Nazidiktatur hat den Bergarbeitern nachgegeben und sie wird andern Arbeitergruppen nachgeben, die ihre Forderungen energisch genug vertreten.

Damit derartige Konzessionen nicht den deutschen Ernährungsplan durcheinanderbringen, kürzt die Diktatur Lebensmittelrationen in den besetzten Gebieten. Im April wurden den tschechischen Schwerarbeitern die Lebensmittelzulagen verringert. Verschiedene Arbeitergruppen, die bisher Schwerstarbeiterrationen erhielten, müssen jetzt mit der Schwerarbeiterration auskommen, Schwerarbeiter sind in verschiedenen Berufen auf die niedrige Normalration gesetzt worden.

Schleichhandel in Deutschland

(ITF) Bericht aus einer norddeutschen Grosstadt: Man schimpft in letzter Zeit wieder mehr über die Lebensmittelversorgung, obwohl sie sich eigentlich nicht sehr verschlechtert hat. Aber der Schleichhandel blüht. Wer die Phantasiepreise bezahlen kann und will, kann noch immer ziemlich alles bekommen. Wer kein Geld hat, kann sich mit Sachwerten manches eintauschen. Getauscht wird so ziemlich alles. Nahrungsmittel gegen Nahrungsmittel, Nahrungsmittel gegen Kleider, Kleider gegen Kleider, Stiefel und ähnliches. Ich habe eine Wolljacke für ein paar Stiefel und noch einiges dazu eingetauscht. Die Jacke war neu und echt, nicht so ein Zeug, wie man es jetzt im Laden bekommt

Nach Eintreffen dieses Berichtes wurde die deutsche Fleischration um 20% auf 400 Gramm pro Woche herabgesetzt.

Ueber eine Million Arbeitslose in Spanien

(ITF) 511.000 Erwerbslose wurden in Spanien bei der letzten amtlichen Zählung festgestellt; 150.000 waren erwerbslose Landarbeiter. 500.000 unbeschäftigte politische Gefangene sind noch hinzuzurechnen. Spanien zählt also mehr als eine Million Erwerbslose - bei etwa 8 Millionen Erwerbstätigen.

Nach dem Sieg der faschistischen Gegenrevolution sind 160.000 Spanier nicht in ihre Heimat zurückgekehrt.

(Für die Red.: Zählungstichtag ist der 1. Dezember 1940.)

Belgische Arbeiter müssen nach Deutschland

(ITF) Die Generäle des Kaisers haben 1914-1917 belgische Arbeiter nach Deutschland verschleppt; sie liessen dieses traurige Geschäft von deutschen Soldaten ausführen. Protestschritte des Papstes, Spaniens und der deutschen Gewerkschaften machten damals der Massendeportation ein Ende. Heute haben die Generäle Hitlers schon mehr als doppelt so viel belgische Arbeiter nach Deutschland verschleppen lassen, als einst die Generäle des Kaisers. Der Papst und Spaniens Regierung schweigen zu diesen Massendeportationen, Gewerkschaften gibt es in Deutschland nicht mehr. Und jetzt zwingt die deutsche Militärverwaltung die belgische Verwaltung, bei der Deportation weiterer Arbeiter nach Deutschland zu helfen. Die Arbeitsämter haben das Recht erhalten, Betriebe und Büros, die mehr als 5 Personen beschäftigen, zu zwingen, ledige und kinderlos geschiedene Arbeiter und kinderlose Witwer zu entlassen und an ihrer Stelle Familienväter einzustellen. Das sieht sehr human aus, ist aber nur eine besondere Form der Rekrutierung von Zwangsarbeitern.

Den Entlassenen braucht keine Kündigungsentschädigung gezahlt zu werden, selbst wenn sie schon jahrelang im gleichen Betrieb oder Büro gearbeitet haben.

Diese Verordnung hat die Arbeiter und Angestellten ausserordentlich beunruhigt. Die Zeitungen mussten beschwichtigen: "Es kann nachdrücklich versichert werden, dass diese Massnahme weniger brutal durchgeführt werden wird als aus dem Text hervorzugehen scheint", schreibt der Brüsseler "Soir". "In den meisten Fällen werden die Arbeiter nicht plötzlich aus der Arbeit

geworfen werden, sondern es wird ihnen Arbeit in einem andern Bezirk angeboten werden", - in Deutschland.

(Für die Red.: Staatsblad, 12.IV., "Soir", 16.IV.41.)

"Inbel" gibt einen ausführlicheren Bericht über den Streik belgischer Bergarbeiter, über den wir in der letzten Ausgabe berichteten:

Bergarbeiter-Streik in Belgien

(ITF) Seit längerer Zeit haben die belgischen Bergarbeiter bessere Lebensmittelversorgung gefordert. Sie erklärten, dass die jetzigen Lebensmittelmengen unzureichend seien, und sie weigerten sich, in die tieferen Schächte einzufahren. Die deutschen Behörden liessen den Bergarbeitern daraufhin mehr Brot, Fleisch und Margarine zuteilen. Als aber in den "Charbonnages du Hainaut" noch der Schichtlohn um 5 Franken gekürzt werden sollte, kam es zu einem Konflikt, der sich rasch im ganzen Borinage-Revier ausbreitete. Die deutschen Behörden verlangten sofortige Arbeitsaufnahme, aber die Bergarbeiter fuhren erst wieder ein, als ihnen zugesichert worden war, dass die Lohnkürzung zurückgenommen würde. Allen Arbeitern im Borinage-Revier wurde für jeden Streiktag 25 Franken vom Lohn abgezogen, den Arbeitern der "Charbonnages du Hainaut", die eine volle Woche streikten, insgesamt 150 Franken, d.s. fast 4 Schichtlöhne.

Um den Widerstand der Arbeiter der Borinage zu brechen, wurden jetzt Arbeiter aus anderen Bezirken in die Gruben der Borinage geschickt.

(Für die Red.: Vgl. auch "Faschismus" vom

Volksschule unterm Hakenkreuz

(ITF) Gewaltherrscher versuchen, die von ihnen Beherrschten in dumpfer Unwissenheit zu halten. Im alten Griechenland waren die Sklaven, im zaristischen Russland waren um die Mitte des 19. Jahrhunderts die breiten Massen von den Erziehungsstätten ausgeschlossen.

In Deutschland versuchen die Nazis, die Volksschule zu verschlechtern. Dr. Ley, der die Volksschulzeit um 1 - 2 Jahre verkürzen will, ist mit seinen Plänen noch nicht durchgedrungen. Aber das Niveau der deutschen Volksschule hat sich längst erschreckend gesenkt. "Die Allgemeinbildung ist das zersetzendste und auflösendste Gift", hat Hitler im Sommer 1932 zu einem seiner Vertrauten gesagt. Er gönne der "breiten Masse des untersten Standes die Wohltat des Analphabetismus". Dieser Ungeist zersetzt seit 8 Jahren die deutsche Volksschule. Soldatenspielererei und nazistische Rassenlehre überlasten den Lehrplan und überanstrengen die Kinder. Und das sind die Wirkungen: "Die ernstgemeinten Klagen über den mangelhaften Leistungsstand der deutschen Schule, die allenthalben im steigenden Masse erhoben werden, verdienen erhöhte Aufmerksamkeit", schreibt der Chef des Amtes Erziehung im Berliner Erziehungsministerium, Ministerialdirektor Dr. Albert Holfelder in der "Deutschen Allgemeinen Zeitung". "Das alles hilft uns nicht über die Tatsache hinweg, dass es unsere Jugend heute an elementaren Kenntnissen und Fähigkeiten fehlen lässt, die der Mensch nun einmal, und zwar zu allen Zeiten, braucht, um den Lebenskampf zu bestehen". Geklagt werde über mangelnde Kenntnisse im "elementaren Rechnen" und nur wenige Schüler hätten noch eine "fehlerfreie Schrift". "Wenn die Kritik gerade auf Mängel in diesem Bezirk hinweist, und auf Nachlassen des Gedächtnisses, des Denkvermögens, der Urteilskraft usw., dann wird von Seiten der Schule nicht ohne weiteres widersprochen werden".

"Solange die Aufmerksamkeit, die innere Sammlung fehlt, führt jede Mehrbelastung zwangsläufig zu einem Sinken der Aufnahmefähigkeit". Der Erwachsene dürfe im Nazi-Deutschland "nicht fragen, ob Anspannung und Entspannung immer im richtigen Verhältnis stehen". Jugend aber "braucht Ruhe. Es widerstrebt dem Kinde, dauernd in einer körperlichen oder auch seelischen Anspannung gehalten zu werden. Zumal das nordische Kind, das langsamer reift, als andere, hat ein besonderes Bedürfnis nach Ruhe und gelegentlicher Einsamkeit. Jede Versündigung an dieser Einsicht müsste sich eines Tages bitter rächen. Und zwar nicht nur an der körperlichen Leistungsfähigkeit des Kindes, sondern vor allem auch an seinem seelischen Habitus. Wenn die Zeit fehlt, um sich auf einem Eindruck zu besinnen, dann leiden Aufnahmefähigkeit, Urteilsvermögen und Gedächtnis. Der Mensch wird unfähig, überhaupt noch etwas geistig zu bewältigen. Das Denken wird so oberflächlich wie die Empfindung". Weil die Armee erklärt, dass "moderne Kriege weder mit Analphabeten gewonnen werden, noch mit Massen, denen Techniker und Ingenieure, Aerzte und Unterführer mit innerer Bildung fehlen", dürfte diese Kritik in der deutschen Presse veröffentlicht werden. -

Die Diktatur antwortete auf diese scharfe Kritik mit der Mitteilung, dass die Ausbildungszeit der Volksschullehrer um 1 Jahr verkürzt wurde.

In Polen gehen die Nazibehörden des "Generalgouvernements" noch gründlicher vor. In den Volksschulen ist nur noch Religionsunterricht und Unterricht in polnischer Sprache, Naturkunde und Rechnen erlaubt. Unterricht in Geschichte und Erdkunde ist verboten. Nur vom Generalgouverneur genehmigte Lehrbücher sind erlaubt; da der Generalgouverneur bisher aber überhaupt keine Lehrbücher freigegeben hat, kann nicht einmal ein Rechenbuch oder eine polnische Grammatik benutzt werden. Das einzige Lehrmittel ist eine von den Nazibehörden herausgegebene Schulzeitschrift "Ster" (das Steuer).

Inspektoren prüfen Schulhefte, um festzustellen, ob Lehrer Unterricht in verbotenen Fächern erteilen. In vielen Dörfern lernen die Kinder/Gebetbüchern lesen. aus

Die höheren Schulen wurden alle geschlossen.

In Warschau hat das deutsche Militär viele Schulgebäude beschlagnahmt, im Winter mussten Schulen wegen Kohlenmangel schliessen. Wegen des Mangels an Klassenraum sind die Schulzimmer von früh bis spät belegt, jede Klasse hat täglich nur 2 - 3 Stunden Unterricht. Jede Klasse muss mindesten 60 Schüler zählen, kleinere Klassen werden aufgelöst.

Kinder, die bei diesem unzureichenden Unterricht, ohne Lese- und Lehrbücher und in überfüllten Klassen, das Klassenziel nicht erreichen und sitzen bleiben, dürfen nicht länger zur Schule gehen. Mit dem 14. Jahr muss jedes Kind die Schule verlassen.

Auch in den Berufsschulen darf weder Geschichte noch Erdkunde unterrichtet werden. Rechnen ist nur gestattet, soweit es für den Beruf nötig ist.

Um den höheren Fachschulen den der Wirtschaft nötigen Nachwuchs zu sichern, ist eine besondere 3jährige vorbereitende Fachschule eingelegt worden. Diese höhere Berufsschule wird scharf kontrolliert, damit sie nicht Ersatz für die höheren Schulen wird.

Viele Lehrer wurden entlassen und durch 'Zuverlässige' ersetzt. wurden in andere Bezirke versetzt. Viele Lehrer sitzen im Gefängnis oder im Konzentrationslager.

In vielen kleinen Zirkeln unterrichten Lehrer, Mütter, Väter die Kinder im Schreiben und Lesen und erzählen ihnen von den Freiheitskämpfern der polnischen Geschichte. Deutsche Polizisten machen Razzien, um verbotene Unterrichtszirkel auszuheben.

(Für die Red.: "Deutsche Allgemeine Zeitung", 27.IV.41.; Hitlererklärung: Rauschnig, Gespräche mit Hitler, Seite 47; Standpunkt der Armee: "Kölnische Zeitung", 21.X.40.; Verkürzung: Deutsches Nachrichtenbüro, 30.IV.41.; vgl. "Faschismus", 17.II.41., Berichte aus Polen.)

Rudolf Hess' Verbrechen

(ITF) Die Sensation ist verrauscht, die der Englandflug des Nazis Rudolf Hess, Minister des III. Reiches und, in Stellvertretung Hitlers, Leiter der Nazi-Partei, erregt hat. In Erinnerung bleibt die bezeichnende Einzelheit, dass Hess und der Nazi-Propagandaapparat es ganz selbstverständlich finden, dass ein führender deutscher Nazi, angeblich doch ein führender Vorkämpfer gegen die Plutokratie, ausgerechnet zum Earl of Hamilton, einem der reichsten der Plutokraten Grossbritanniens, fliegt. In Erinnerung bleibt weiter, dass Stimmen laut wurden, die Hess plötzlich als anständigen Nazi feierten. Erst Bevins Erklärung, "nach meiner Meinung ist Hess ein Mörder", hat diese Stimmen in England zunächst verstummen lassen. Doch morgen können andere Nazis den rettenden Fallschirm ausprobieren. Es lohnt sich deshalb, das Register der Verbrechen des Nazi, den Sir Neville Henderson - einst der für "München" verantwortliche Botschafter/in Berlin - als "ehrenhaft und aufrichtig" feiert, näher zu betrachten. Englands

Hess' erste politische Tat war Arbeitermord. Er trat dem Freikorps bei, das unter Führung des Generals Epp bayrische Arbeiter niederschlug. Im Juni 1920 wird er Mitglied der kleinen Nazi-Partei, in die Reichswehr-Generäle Hitler als Spitzel geschickt hatten. Er ist einer der Gründer der SA, deren Hauptaufgabe Strassen- und Versammlungsterror in Arbeitervierteln ist. Beim Hitlerputsch 1923 ist er dabei, ist dann mit Hitler auf der vernünftigen Festung Landsberg, wo er Teile des Buches "Mein Kampf" verfasst, das unter Hitlers Namen herausgeht. 1925 wird er Hitlers Privatsekretär. 7 Jahre bleibt er im Hintergrund. Dann, im Dezember 1932, als der Organisationsleiter der Nazi-Partei, Gregor Strasser, Hitler verlässt, weil er fürchtete, dass Hitler Ministersessel verpasst, wird Hess Vorsitzender der "Politischen Zentralkommission der NSDAP". Die Gauleiter sind ihm jetzt für ihre Massnahmen verantwortlich. Hess billigt den Terror, den sie in diesen Monaten vor und nach dem Reichstagsbrand in ihren Gauen entfesseln, die Morde, die Misshandlungen, die Zerstörung der Gewerkschaftshäuser und das Pogrom gegen die Juden. Am 21. April 1933 wird er "Stellvertreter des Führers der NSDAP", der Partei-Apparat ist ihm unterstellt. 11 Tage später werden die Gewerkschaftszentralen besetzt und Gewerkschafter verhaftet.

Hess billigte das. Gewerkschafter, Sozialisten, Kommunisten werden gejagt, ermordet, ins Konzentrationslager gesperrt. Hess ist mit der ihm unterstellten Partei zufrieden. Die italienischen Faschisten senden ihm bewundernd den "Ehrendolch der faschistischen Partei".

Am 1. Dezember 1933 wird er Reichsminister, mit dem besonderen Auftrag, den Willen der Nazipartei in der Verwaltung durchzusetzen. Er leitet die Parteikongresse. Bald kann kein höherer Beamter mehr ernannt werden, bevor die "Kanzlei Hess" um Rat gefragt wurde. Er feiert das Blutbad vom 30. Juni 1934. Als am 4. Februar 1938 Hitler die Generäle absetzt, die sich dem geplanten Ueberfall auf Oesterreich widersetzen, wird ein "Geheimer Kabinettsrat" berufen, der den Weltkrieg organisieren soll. Selbstverständlich ist Hess Mitglied dieses Kriegsrates. Die "Auslandsorganisation der NSDAP" ist ihm unterstellt - sie organisiert die Fünfte Kolonne in Polen, Holland, Belgien, Frankreich, auf dem Balkan, in Spanien und in den beiden Amerikas. Das "Rassenpolitische Amt", das den Deutschen einhämmern soll, dass sie Herrenmenschen seien und alle andern Völker Knechte, die unter deutsche Herrschaft gehören, steht unter seiner Obhut. Er kontrolliert die deutschen Gemeinden, die Beamtenorganisation, die Frauenorganisationen, den einzigen erlaubten Lehrerverband, die Aerzteorganisationen und die Nazi-Wohlfahrtsverbände. Er leitet die "Klagemauer des III. Reiches", die einzige Stelle, die Opfer der Gestapo begnadigen lassen könnte - Hess hat Tausende ruhig hinhorden lassen. Als Hitler seinen Krieg beginnt, wird Hess Mitglied des 6-köpfigen "Ministerrats für Reichsverteidigung".

Die Jahre hindurch hat er die Verbrechen der Nazipartei mitgemacht und gedeckt. Jahr für Jahr vereidigt er die neuen Parteimitglieder. Er liess sie schwören: "Ich schwöre Adolf Hitler untrübschütterliche Treue. Ich schwöre ihm und den Führern, die er mir bestimmt, unbedingten Gehorsam". Er sagte ihnen: "Unbedingter Gehorsam wird von Euch gefordert, der nicht fragt nach dem Nutzen des Befehls, der nicht fragt nach den Gründen des Befehls, sondern der gehorcht, um des Gehorchens willen".

Er war so ehrenhaft, nicht selbst zu stehlen, sondern stehlen zu lassen. Er war so ehrenhaft, nicht selbst zu morden, sondern morden zu lassen. Und er war so aufrichtig, die Verbrechen der Nazis zu decken und - 4 Monate nach Beginn des Mordens in Polen - zu beten: "Herrgott, Du hast uns den Führer gegeben... Gib uns die Kraft nach all unserm Können ihm zu helfen"!

Am 20. April 1941 hält er Hitler eine Geburtstagsrede in gleichschwülstiger Blasphemie.

Das war Rudolf Hess, seit dem 10. Mai Kriegsgefangener in England.
(Für die Red.: Eidformel, 20.IV.34.; Eidrede, 20.IV.38.; Hitlergebet, 24.XII.40.)

Lohndruck und Lohnbewegung in Norwegen

(ITF) Die norwegischen Gewerkschaften forderten Teuerungszulagen, aber die Nazis erklärten, die norwegischen Löhne müssen im Gegenteil gesenkt werden. Ein Dr. Bendeik erklärte in Oslo auf einer Konferenz des Preiskontrollamts: die Löhne der norwegischen Arbeiter müssen auf das Niveau der nazideutschen Löhne gesenkt werden. Der Krieg habe die Lebenshaltung in Deutschland verschlechtert, die Lebenshaltung der Norweger müsse entsprechend verschlechtert werden. Den am schlechtesten bezahlten Landarbeitern wurde (ab 15. Mai) eine kleine Lohnaufbesserung bewilligt, gleichzeitig aber wurden "überhöhte" Landarbeiterlöhne gesenkt.

Die Fischer Nord-Norwegens, auf deren Arbeitswilligkeit die für Deutschland arbeitenden Fischkühlanlagen und Fischölfabriken angewiesen sind, konnten eine 15%ige Teuerungszulage durchsetzen.

(Für die Red.: Rede Bendeik: Osloer Presse, 13.V.41.)

Verweigerte Luftschutzsteuer

(ITF) Erst hatte Göring dem deutschen Volke versprochen, er werde dafür sorgen, dass keine englischen Bomber nach Deutschland kommen könnten. Doch dann musste er anordnen, dass in allen deutschen Häusern Luftschutzkeller eingerichtet werden. Die Mieter sollten die Schutzräume bezahlen. Die Mieter protestierten jedoch so energisch, dass am 1. Mai angeordnet wurde, dass der Staat die Kosten für alle Luftschutzkeller, die seit dem 1. Oktober 1940 eingerichtet wurden, übernimmt und künftig die Umbauten bezahlt.

(Für die Red.: Deutsches Nachrichtenbüro, 2.V.41.)

Frauen wollen anständigen Lohn

(ITF) In Stuttgart, der Hauptstadt Württembergs, musste der Strassenverkehr eingeschränkt werden, weil Frauen nicht zu niedrigem Lohn als Schaffnerinnen

fahren wollen. "Die Beförderungsmöglichkeiten (der Stuttgarter Strassenbahnen)... hängen ausschliesslich vom Personalbestand ab", wurde auf der Hauptversammlung der Strassenbahngesellschaft mitgeteilt. Noch mehr Ueberstunden könnten dem Personal nicht zugemutet werden, freie Tage, die gestrichen werden könnten, gäbe es für das Personal so wie so nicht mehr. Man hatte versucht, Frauen anzuwerben. Aber "leider hatte die Werbung für den Eintritt von Schaffnerinnen nicht den zahlenmässigen Erfolg gehabt, den sich die Strassenbahnverwaltung versprochen hat". Die Löhne, die die Gesellschaft den Frauen bietet, sind zu niedrig.-Man wagte nicht, Schaffnerinnen als Zwangsarbeiterinnen dienstzuverpflichten, denn davon hätten die Fahrgäste bald erfahren.

Frauenarbeit - nichts für Damen (ITF) Vom Beginn der Mobilisierung im Jahre 1936 bis zum Kriegsbeginn sind 2,5 Millionen Frauen in die deutschen Betriebe gegangen. Seit Beginn des Krieges ist die Zahl der arbeitenden Frauen nur noch um 300.000 gestiegen. Jetzt soll, wie Hitler ankündigte, die Frauenarbeit ausgedehnt werden, aber natürlich nicht für die Frauen der so patriotischen Nazi-Bonzen und Kriegslieferanten. "Einen besonderen Zuwachs an Arbeitskräften erwartet man aus der Gruppe der jungverheirateten Frauen, die vor ihrer Eheschliessung bereits einmal erwerbstätig waren und ohne Mühe wieder an die Arbeit zurückkehren könnten, zumal da sie durch die "ruhenden" Arbeitsbuchkarteien der Arbeitsämter leicht wieder aufzufinden wären" ("Frankfurter Zeitung"). Diese Frauen, die mit Hilfe der beim Arbeitsamt aufbewahrten Abschrift ihres ehemaligen Arbeitsbuchs in Kriegsbetriebe eingezogen werden, werden auch in Fabriken in weit entfernten Orten geschickt.

Frauen der herrschenden Kreise, die bisher nicht arbeiten brauchten, werden nicht nur wie bisher in Frieden gelassen, sondern man gesteht ihnen sogar noch eine Hilfe für den Haushalt zu, "soweit der Zuschnitt des Haushalts eine derartige Beschäftigung notwendig macht" ("Das Reich"), was nur bei Nazi-Bonzen und Kriegsverdienern der Fall ist.

(Für die Red.: "Frankfurter Zeitung", 7.V., "Das Reich", 18.V.41.)

Belin (ITF) In Deutschland ist man mit dem französischen Arbeitsminister Belin zufrieden. Herr Grotkopp, der Pariser Korrespondent einer Gruppe führender deutscher Zeitungen, schreibt aus Vichy sehr anerkennend über "Belin, der früher als Gewerkschaftler einer der schärfsten Gegner der kommunistischen und marxistischen Tendenzen war und sich immer mehr zu einer klaren und positiven Einstellung gegenüber der (nazi-)deutschen Sozialpolitik durchgerungen hatte". Belin sei nur der Auffassung, dass eine französische Arbeitsfront nach Berliner Muster noch nicht möglich sei, weil Frankreich noch keine faschistische Einheitspartei habe...

(Für die Red.: Das Lob Belins wurde in der "Kölnischen Zeitung" am 30. IV. im Leitartikel abgedruckt.)

Französische Arbeiter protestieren

(ITF) Georges Dumoulin, Vigne und Kléber Legay sind die bekanntesten der französischen Gewerkschafter, die den französischen Arbeitern heute eine enge Zusammenarbeit mit den Nazis empfehlen. Vigne war Generalsekretär der französischen Bergarbeitergewerkschaft, Legay war Vorstandsmitglied des Bergarbeiterverbandes und Dumoulin war Sekretär des wichtigen Kartells der Gewerkschaften des Departement du Nord und mit Belin Sekretär der C.G.T. Alle drei haben 1938 die Auslieferung des Sudetengebiets an die Nazis und die Preisgabe der Tschechoslowakei unterstützt. Nach der Kapitulation der französischen Armee erklärten Vigne und Legay, dass Widerstand gegen die Besatzungstruppen sinnlos sei, die Arbeiter sollten sich dem Nazidruck fügen.

Im März 1941 tagte der Nationalrat der Bergarbeitergewerkschaft in Clermont-Ferrand. Die Gewerkschafter, die für die französischen Bergarbeiter sprechen, konnten zur Haltung Vignes und Legays Stellung nehmen. Sie taten es; weder Vigne noch Legay wurden wiedergewählt.

Dumoulin stellte sich nach der Kapitulation Pétains den deutschen Behörden zur Verfügung. Er liess sich sogar von den Nazis zu einer Rundreise durch Deutschland einladen und nach seiner Rückkehr hat er sich die grösste Mühe gegeben, französische Arbeiter zu veranlassen, in Deutschland für Hitlers Kriegsmaschine zu arbeiten. Die Gewerkschafter seines Bezirks teilen seine Auffassungen nicht.- Im Vertrauen auf seinen Rückhalt bei den deutschen Besatzungsbehörden stellte sich Dumoulin auf der Konferenz des Gewerkschaftskartells wieder zur Wahl. Er fiel durch! Die französischen Gewerkschafter wollen sich nicht von Helfershelfern der nazistischen Arbeiterfeinde führen lassen!